

metropolregion hamburg

● mittendrin...



P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G

Reform des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) Die Folgen für die Stadt Barmstedt

FAG- Reform ... und die Städte zahlen die Zeche,
Herr Ministerpräsident!

Die Reform des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) und die damit verbundenen jährlichen Schlüsselzuweisungen an die Kommunen war das beherrschende Thema einer Bürgermeisterrunde aus 16 Städten des Landes am vergangenen Mittwoch, den 23. Oktober 2019, in Itzehoe. Auch Barmstedts Bürgermeisterin Heike Döpke nahm an den Gesprächen teil.

Mit Ernüchterung mussten die Bürgermeister feststellen, dass die Landesregierung weder dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes noch den Empfehlungen der von ihr selbst bestellten Gutachter folgen will. Offenbar plant die Landesregierung, der kommunalen Familie 186 Millionen Euro des von den Gutachtern festgestellten Bedarfs vorzuenthalten und die als verfassungswidrig festgestellte Finanzierungslage weiter zu festigen.

„Diese Gelder sind unbedingt notwendig, um in den Kommunen die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger abzusichern“, betont Bürgermeisterin Heike Döpke. Ohne diese Mittel können dringend notwendige Vorhaben gar nicht oder nur sehr eingeschränkt umgesetzt werden.

Besonders sauer stieß den Bürgermeistern auf, dass insbesondere die Städte und zentralen Orte von den, zur Verteilung kommenden, Mitteln, zur Erfüllung ihrer Aufgaben, deutlich weniger Geld erhalten sollen als die Dörfer und ländlichen Gemeinden in ihrem Umland sowie die Kreise.

Damit werden die Bürgerinnen und Bürger des Landes, die in den Städten wohnen, direkt benachteiligt. Mehr noch: Unter der schlechteren finanziellen Ausstattung der zentralen Orte leidet auch die Bevölkerung des Umlandes, da sie ebenfalls von den kulturellen, sportlichen und Bildungsangeboten ihres zentralen Ortes profitiert.

„Eine Kürzung bedeutet für unsere Stadt, dass wir insbesondere bei den freiwilligen Leistungen keinen Spielraum mehr haben“, meint die Bürgermeisterin.

Ministerpräsident Günther hat bei einer Veranstaltung des Bürgermeisterverschlags Schleswig Holstein dazu aufgefordert, die Städte mögen doch die Folgen der finanziellen Ausfälle konkret benennen.

Herr Günther ist sehr gerne eingeladen, sich über die Auswirkungen vor Ort informieren zu lassen, mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie dem kommunalen Ehrenamt zu diskutieren, warum Straßen nicht ausreichend saniert werden können, notwendige Kitaplätze fehlen, die Schulen deutlichen Platzmangel haben und bei einer geplanten neuen Bücherei an allem gespart werden muss. Mag der Ministerpräsident unseren Bürgerinnen und Bürgern erklären, warum die Städte bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen die Zeche zahlen sollen.

V.i.S.d.P.

Marcel Holz

für die Stadt Barmstedt

Telefon: 04123/681-202

E-Mail: m.holz@stadt-barmstedt.de

Barmstedt, 30.10.2019